

Wirtschaftsverbände wollen Aargauer Spitäler privatisieren

Gesundheitskosten Vorschläge sollen Einsparungen von 55 Millionen Franken bringen

VON NOEMI LEA LANDOLT
UND MATHIAS KÜNG

Eine neue Studie des Gesundheitsökonomien Stefan Felder zeigt: Im Aargau sind die Kosten der obligatorischen Krankenversicherung unterdurchschnittlich, doch sie steigen überdurchschnittlich. Seit 2008 kletterten die Gesundheitsausgaben beim

Kanton um fast 80 Prozent, bei den Gemeinden gingen sie nur marginal zurück. Haupttreiber waren die stationären Spalkosten. Dies zeigt die im Auftrag der **Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK)** sowie des Aargauischen Gewerbeverbandes (AGV) erstellte Studie. Die Entwicklung bringe den Staatshaushalt aus dem Gleichgewicht, befürchten **AIHK**-Präsi-

dentin Marianne Wildi und AGV-Präsident Kurt Schmid. Bei der Vorstellung der Studie in Aarau nahmen sie die Empfehlungen des Studienautors auf, vornehmlich im Spitalbereich und bei der Langzeitpflege zu handeln.

Die Wirtschaftsverbände fordern wenige Wochen vor Anhörungsstart zur Revision des neuen Spitalgesetzes, dass sich Kanton und Gemeinden aus

der Trägerschaft der Spitäler zurückziehen, diese also privatisiert werden. Ausserdem fordern sie eine freie Tarifgestaltung der Gemeinden in der Langzeitpflege sowie eine öffentliche Ausschreibung der Spitexleistungen. Diese und weitere Massnahmen sollen ohne Qualitätsabbau jährlich rund 55 Millionen Franken sparen helfen.

KOMMENTAR RECHTS, SEITE 20/21

KOMMENTAR

Keine Tabus mehr beim Sparen

Die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen ist eine der grössten Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer. Mit gutem Grund. Denn allen Bremsversuchen der Politik zum Trotz steigen die Prämien Jahr für Jahr. Im Aargau sind sie zwar noch tiefer als anderswo, doch sie steigen überdurchschnittlich. Natürlich werden auch die medizinischen



von Mathias Küng

Möglichkeiten ständig besser. Doch immer mehr Privathaushalte stossen ob der Kostensteigerung an ihre Grenzen. Dasselbe gilt für den Staat.

Deshalb herrscht Einigkeit: Das Kostenwachstum muss gebremst werden, damit Gesundheit bezahlbar bleibt. Bloss wie? Die Bereitschaft der Versicherten, auf Leistungen zu verzichten, ist äusserst gering. Zu gross ist die Angst vor einer Zwei-Klassen-Medizin. Grosse Zustimmung geniesst dafür der Slogan des Kantons «ambulant vor stationär». Das reicht aber nicht.

Das Gesundheitsdepartement von Franziska Roth arbeitet derzeit unter Hochdruck an einem neuen Spitalgesetz. Die Regierung erhofft sich ein Sparpotenzial von mindestens 20 Millionen Franken. **Handelskammer** und Gewerbeverband machen jetzt schon Vorschläge, wie man bis 55 Millionen Franken sparen kann. Jene nach einer Privatisierung der Spitäler polarisiert am meisten. Es wäre aber schade, wenn darob bloss eine ideologische Debatte entbrennen würde. Die Situation bei der Kostenentwicklung ist nämlich inzwischen so ernst, dass es keine Tabus mehr geben darf. Jeder Vorschlag zur Kostensenkung, der die hohe Qualität des Gesundheitswesens nicht angreift, muss ernsthaft geprüft und diskutiert werden.

mathias.kueng@azmedien.ch

Gesundheitswesen

So wollen Handelskammer und Gewerbeverband sparen

Jedes Jahr 55 Millionen Franken Sparpotenzial

Die Gesundheit kostet im Aargau im Vergleich zu anderen Kantonen weniger. Aber die Kosten sind überdurchschnittlich gestiegen. Eine Studie im Auftrag der **Industrie- und Handelskammer** und des Gewerbeverbandes zeigt den kantonalen Handlungsspielraum.

VON NOEMI LEA LANDOLT
UND MATHIAS KÜNG

Stefan Felder, Professor für Gesundheitsökonomie an der Universität Basel, hat mit seinem Team das Gesundheitswesen des Kantons Aargau analysiert. Die Studie haben der Aargauische Gewerbeverband (AGV) und die **Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK)** in Auftrag gegeben. Gestern Montag hat Stefan Felder den 70-seitigen Schlussbericht in Aarau vorgestellt. Er zeigt auf, wo der Aargau im Vergleich zu anderen Kantonen steht, welches die wichtigsten Kostentreiber im Gesundheitswesen sind und mit welchen Massnahmen die Kosten gesenkt werden könnten.

Die Lage ist ernst. Das wird bereits in der Einleitung klar. Ohne Gegenmassnahmen wird sich die finanzielle Situation des Kantons nicht verbes-

sern. Die Gesundheitskosten dürften in den kommenden Jahren kontinuierlich steigen. Gleichzeitig entwickeln sich die Steuereinnahmen schleppend. «Es ist fraglich, ob die staatliche Gesundheitsversorgung in der heutigen Form für den Kanton Aargau langfristig überhaupt noch tragbar ist», heisst es im Bericht.

Der Schein trägt

Im Vergleich mit anderen Kantonen kostet die Gesundheit im Aargau zwar weniger. 2016 bezahlten Aargauer für die obligatorische Krankenpflegeversicherung 3484 Franken pro Jahr. Damit liegt der Kanton etwa acht Prozent unter dem schweizweiten Schnitt von 3778 Franken und weit hinter dem Spitzenreiter, dem Kanton Basel-Stadt mit Prämien von 4929 Franken (vgl. Grafik oben rechts).

Doch der Schein trägt. Die Versicherten bezahlen im Aargau zwar weniger, aber die Prämien sind seit 1997

stärker gestiegen als andernorts. Während sie im schweizweiten Durchschnitt jedes Jahr knapp 4 Prozent teurer wurden, wuchsen sie im Aargau um 4,7 Prozent pro Jahr (vgl. Grafik Mitte rechts). Von den Nachbarkantonen verzeichnen nur Luzern und Solothurn ein noch stärkeres Wachstum. Warum diese Entwicklung beunruhigend ist, zeigt sich daran, dass die Einnahmen im Aargau im gleichen Zeitraum nur um 2,1 Prozent pro Jahr zugenommen haben. Das heisst, die Gesundheitsausgaben laufen der Einkommensentwicklung davon.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Ausgaben von Kanton und Gemeinden für die Gesundheit. Diese sind im Aargau mit 1144 Franken pro Einwohner zwar niedrig, verglichen mit den 1686 Franken, welche die öffentliche Hand im Schnitt für die Gesundheit bezahlt. Aber auch hier: Innerhalb von nur sieben Jahren, von 2008 bis 2015, sind die öffentlichen Ausgaben für

Gesundheit inklusive Prämienverbilligung und Ergänzungsleistungen zur AHV um 79 Prozent gestiegen, wie die Studie von Stefan Felder zeigt (vgl. Grafik unten rechts). Inzwischen machen die Gesundheitskosten 23,1 Prozent der gesamten Steuereinnahmen des Kantons aus. 2007 betrug dieser Anteil noch 12,1 Prozent. Diese Zahlen machen klar, dass die Gesundheitsausgaben den kantonalen Finanzhaushalt stark strapazieren.

Die Diskussion ist lanciert

Für den Kanton haben sich in jüngster Zeit laut Studie vor allem die stationären Spitalkosten stark auf das Budget ausgewirkt. Für die Gemeinden haben sich die Kosten durch die neue Pflegefinanzierung geändert. Die Pro-Kopf-Ausgaben für die Langzeitpflege, also Pflegeheime und Spitex, sind in sieben Jahren von 33 auf 171 Franken gestiegen.

Aus der Situationsanalyse haben Stefan Felder und sein Team acht Mass-

nahmen evaluiert, die sich auf kantonalen Ebene umsetzen liessen - vorwiegend im Spitalbereich oder in der Langzeitpflege. Fünf dieser Massnahmen - zusammen ergibt sich ein Sparpotenzial von 55 Millionen Franken - haben die beiden Verbände als Forderungen aufgenommen (siehe Boxen unten). Gegenüber den Medien betonten **AIHK**-Präsidentin Marianne Wildi und AGV-Präsident Kurt Schmid, die hohe Qualität des Gesundheitswesens bleibe - trotz tieferer Kosten - erhalten. Das Timing der beiden Verbände, ihre neuen Forderungen zu platzieren, könnte nicht besser sein. In den kommenden Wochen wird die Regierung das totalrevidierte Spitalgesetz in die Anhörung schicken. AGV und **AIHK** haben die Diskussion bereits vor dem Start der Vernehmlassung lanciert.



Den Beitrag von Tele M1 finden Sie online auf www.aargauerzeitung.ch

Das sind die fünf Forderungen von Gewerbeverband (AGV) und **Handelskammer (AIHK)**

Privatisierung der Spitäler

20 Millionen

Dem Kanton gehören die Kantonsspitäler Aarau und Baden. Er hat eine problematische Mehrfachrolle als Besitzer, Auftraggeber, Zahler und Dividendenempfänger. Das bringt Interessenkonflikte. Diese schwierige Rolle soll laut **AIHK**-Präsidentin Marianne Wildi durch eine Privatisierung aufgelöst werden. Einen Rückzug aus der Trägerschaft der Spitäler empfehlen **AIHK** und AGV auch den Gemeinden. Das Einsparpotenzial schätzen sie auf mindestens 20 Millionen Franken. Die Qualität nehme mit ihren Forderungen bestimmt nicht ab, sagt AGV-Präsident Kurt Schmid: «Die wollen wir in keiner Art und Weise beschränken.»

GWL-Leistungen ausschreiben

5 Millionen

Handlungsbedarf gebe es auch bei der Finanzierung gemeinschaftlicher Leistungen (GWL), sagen die Verbände. Die Rede ist hier etwa von der kantonalen Notrufzentrale oder Lehr- und Forschungskosten. Da fordern die Verbände Submissionsverfahren, also Ausschreibungen. So könnte man klare Anforderungen formulieren. Davon versprechen sich die Wirtschaftsverbände «eine optimale Kombination des Preis-Leistungsverhältnisses». Man könnte auf diese Weise gar schon kurzfristig jährliche Spareffekte erreichen, erwartet Wildi. Zumal der Kanton unabhängig entscheiden könne, wie er das dann machen will.

Freie Tarifgestaltung in der Langzeitpflege

10 Millionen

Die Gemeinden sind verantwortlich für die Restkosten (das sind die Kosten, die weder die Patienten noch die Kassen übernehmen) in der ambulanten und stationären Pflege. Sie haben aber keinen Einfluss auf die Festsetzung des Tarifs. Diese Kompetenz sollen sie bekommen, fordert Kurt Schmid. Das ermögliche einen wirksamen Preiswettbewerb. Damit könne man rund 10 Millionen Franken einsparen. Es brächte den Gemeinden eine Entlastung, so die Erwartung. Es gebe ja auch im Aargau einige private Institute, die Langzeitpflege anbieten. Schmid: «Die sind nicht teurer als das, was über die öffentliche Hand läuft.»

Höchsttarife bei EL im Heim senken

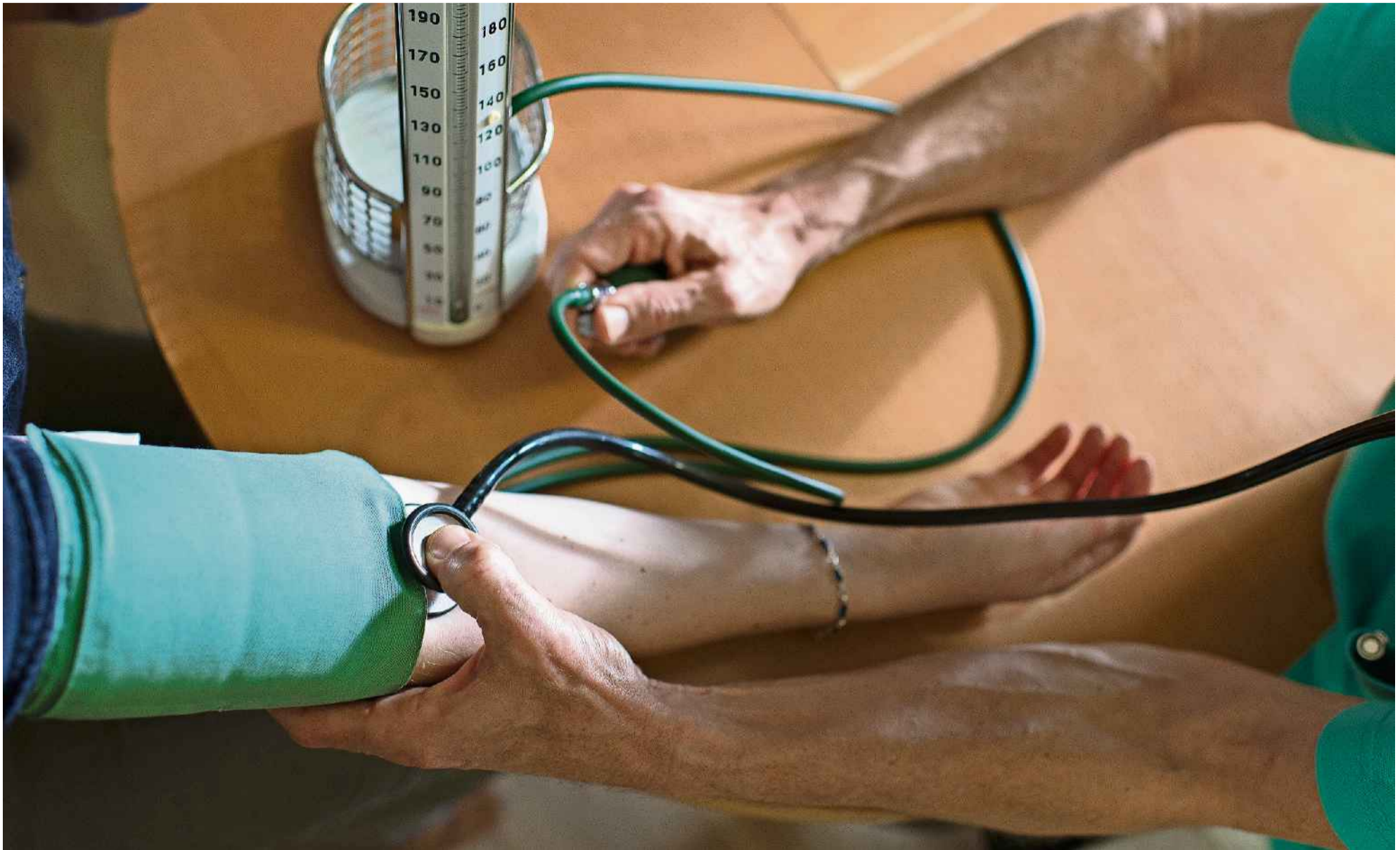
10 Millionen

AHV-Bezügerinnen und -bezüger im Heim erhalten vom Kanton im Bedarfsfall Ergänzungsleistungen (EL). Diese Kosten sind sehr hoch. In den Pflegeheimen leben 500 bis 700 Personen, die täglich nur etwa 40 Minuten Pflege benötigen, sagt Marianne Wildi. Es wäre besser, solche Personen zu Hause zu pflegen. Das wäre im Sinne von «ambulant vor stationär» und im Interesse aller, so die Verbände. Um den Anreiz dafür zu erhöhen, schlagen sie eine Senkung der kantonalen Höchsttarife im Heim bei EL zur AHV vor. Das würde den Kanton entlasten, könnte bei den Gemeinden höhere Sozialhilfekosten bewirken, lohne sich aber insgesamt.

Spitex ausschreiben

10 Millionen

Die fünfte Forderung ist der Ruf nach einer Ausschreibung der Versorgungspflicht (Spitex) mit vorgängiger Prüfung der Notwendigkeit. Ordnungspolitisch dränge es sich auf, so Marianne Wildi, die Versorgungspflicht einzelner Gebiete anhand leistungsgerechter Kriterien öffentlich auszuschreiben, wodurch ein Marktpreis entstehe. Es empfehle sich auch, das Ganze grossräumiger anzusehen. Dadurch könnten die Gemeinden mittelfristig substanziell sparen, so Marianne Wildi. Mit all diesen Massnahmen könne man sparen, ohne dass die Qualität beeinträchtigt werde, «was uns sehr wichtig ist», schliesst Wildi.

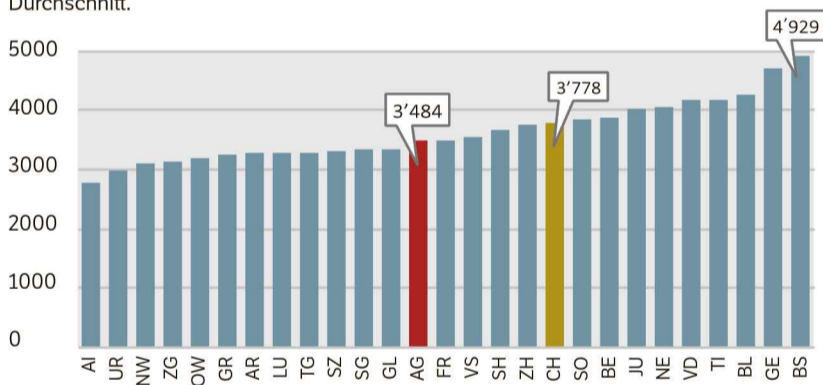


Gesundheitswesen unter Druck: Eine neue Studie evaluiert, wie sich die Kosten im Aargau senken lassen.

CHRISTIAN BEUTLER/KEystone

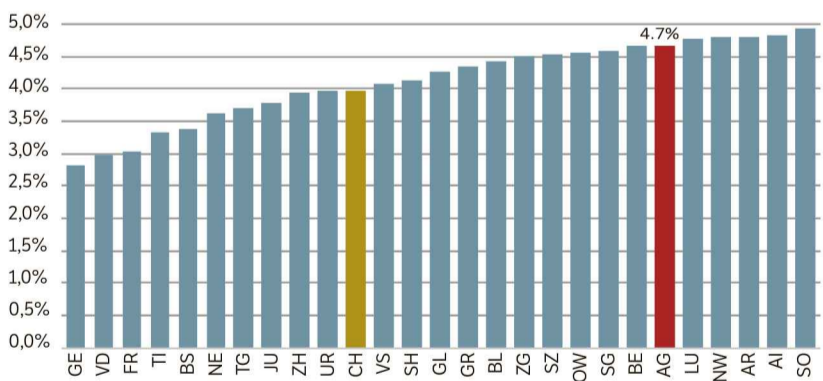
KRANKENKASSEN-PRÄMIEN IM VERGLEICH

Durchschnittliche Höhe der Krankenkassenprämien pro Jahr und Person nach Kanton (2016). Aargauerinnen und Aargauer bezahlen weniger hohe Prämien als der Schweizer Durchschnitt.



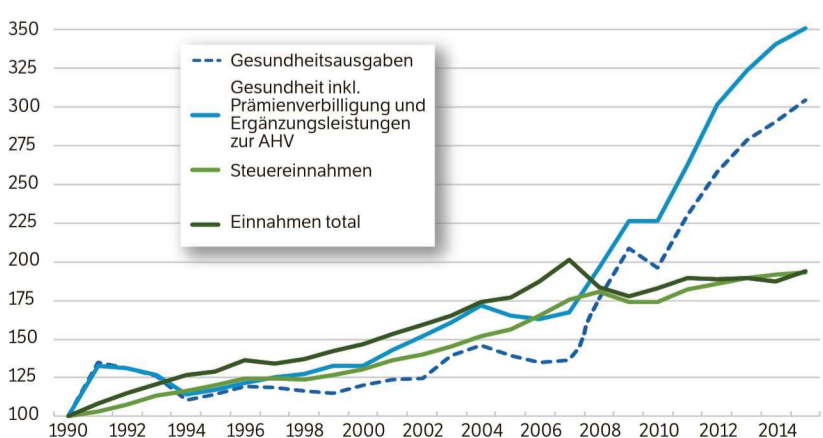
SO STARK SIND DIE PRÄMIEN GESTIEGEN

Durchschnittliches Wachstum der Pro-Kopf-Ausgaben für die Krankenkassenprämien pro Jahr nach Kanton (1997-2016). Die Prämien sind im Aargau überdurchschnittlich stark gestiegen.



DIE SCHERE GEHT IMMER WEITER AUF

Entwicklung der Gesundheitsausgaben und der (Steuer-)Einnahmen im Kanton Aargau (1990-2015). Die Ausgaben sind überproportional gestiegen im Vergleich zu den Einnahmen.



QUELLEN: BAG, STATISTIK DER OBLIGATORISCHEN KRANKENVERSICHERUNG (2016); MONITORING DER KRANKENVERSICHERER; EFV, FINANZSTATISTIK (2015, FS-MODELL) / GRAFIK: MIA